



## TEURE MEDIKAMENTE UND LOHNDUMPING

CETA enthält Inhalte des ACTA-Abkommens über Urheberrechte und Patente, das 2012 vom Europäischen Parlament abgelehnt wurde. Dadurch stehen einige dieser Themen erneut auf der Tagesordnung. Experten schätzen, dass durch Patentverlängerungen im kanadischen Gesundheitssystem pro Jahr 850 Millionen kanadische Dollar (577 Millionen Euro) zusätzliche Kosten entstehen. Das ermöglicht den Pharmakonzernen zusätzliche Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit.

Die EU-Kommission vertritt in den Verhandlungen vor allem die Interessen der europäischen Industrie. Sie konnte zum Beispiel durchsetzen, dass kanadische Provinzen, Städte und Gemeinden öffentliche Aufträge auch in Europa ausschreiben müssen. Die Bevorzugung lokaler Unternehmen aus ökologischen Gründen wird ausgeschlossen und Lohndumping Tür und Tor geöffnet.

Bei den Verhandlungen werden wichtige Themen zur Jongliermasse. Um europäischen Pharma-, Finanz- und Dienstleistungskonzernen den kanadischen Markt zu öffnen, erlaubt die EU-Kommission der kanadischen Agrar-, Forst- und Bergbauindustrie den Zugang zum europäischen Markt. Ein Kuhhandel zu Lasten der Menschen auf beiden Seiten!

Mehr Informationen zu CETA finden Sie auf [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

## DAS UMWELTINSTITUT FORDERT:

- CETA darf nicht abgeschlossen werden
- Handelsabkommen müssen transparent und öffentlich verhandelt werden
- Gentechnik, Fracking und schmutziger Bergbau müssen verboten werden

Auf [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org) können Sie unseren kostenlosen Newsletter bestellen.

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnik-freies Essen, für eine nachhaltige Energiewende und für den ökologischen Landbau einsetzt. Spenden und Förderer garantieren unsere unabhängige Arbeit.

**Spendenkonto:**  
**Umweltinstitut München e.V.**  
**Konto - Nr: 883 11 03**  
**BLZ: 700 205 00**  
**IBAN: DE16 7002 0500 0008 8311 03**  
**BIC: BFSWDE33MUE**  
**Bank für Sozialwirtschaft**



Herausgeber:  
**Umweltinstitut München e.V.**  
**Landwehrstr. 64a**  
**80336 München**  
**(089) 30 77 49 - 0**  
**info@umweltinstitut.org**  
**www.umweltinstitut.org**

Fotos: Fotolia (1-5), C. Stegfellner/cm designbüro (6).  
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Stand: Juli 2016

# Raubbau ohne Grenzen

## Das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA





## WAS IST CETA?

Das *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA), zu deutsch „Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen“, zwischen der EU und Kanada ist seit Februar 2016 fertig verhandelt. Wenn die Ratifizierung erfolgt, wird es das umfassendste Handelsabkommen sein, das die EU bisher abgeschlossen hat.

CETA soll Vorbild für eine neue Generation von Handelsabkommen sein. Es wäre das erste Abkommen, das zugleich Freihandels- und Investitionsschutzabkommen ist. In der Landwirtschaft, bei der öffentlichen Beschaffung und vielen Industriegütern gab es noch nie eine so weitgehende Marktöffnung. Bei Dienstleistungen soll alles liberalisiert werden, was nicht explizit ausgenommen wird – und damit auch solche Dienstleistungen, die es heute noch gar nicht gibt.

Eine Marktöffnung bedeutet immer eine Zunahme von Konkurrenzdruck. Besonders hart trifft es die Landwirtschaft. Die Konkurrenz um immer billigeres Fleisch und Milchpulver geht auf Kosten der Tiere, der Umwelt, der bäuerlichen Landwirtschaft und des Personals in den Schlachthöfen.

Die größte Gefahr an CETA ist jedoch eine Erosion der Demokratie, die wiederum einen radikalen Raubbau an der Umwelt nach sich ziehen wird. CETA ist vor allem ein Abkommen für Konzerne, die von diesem Raubbau profitieren.

## RAUBBAU AN DER UMWELT

CETA ermöglicht es Konzernen, die sich durch demokratisch legitimierte politische Entscheidungen geschädigt fühlen, vor außerstaatlichen Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu klagen. Konzerne aus den USA, die eigenständige Tochterunternehmen in Kanada haben, könnten CETA ebenfalls für solche Klagen nutzen. Es steht zu befürchten, dass Parlamente sich von vorneherein selbst beschränken, um Klagen der Konzerne zu vermeiden.

Auf der Basis eines solchen Investitionsschutzabkommens verklagt ein kanadischer Konzern Rumänien, weil der Goldabbau im Ort Roșia Montană nicht genehmigt wurde. Dort möchte er vier Berge sprengen, um das Edelmetall abzubauen. Dieses soll mit hochgiftigem Zyanid aus dem Gestein gelöst werden. Ein weiterer kanadischer Konzern verklagt gerade die kanadische Regierung auf 250 Millionen Dollar Schadensersatz wegen eines Fracking-Moratoriums.

### Der Widerstand wächst

Noch ist CETA nicht beschlossene Sache. Das Europäische Parlament, und auch der Deutsche Bundestag, der Bundesrat und der österreichische Nationalrat müssen zustimmen. Mit Druck auf die Parlamente und direktdemokratischen Initiativen werden wir das Abkommen noch stoppen. Seien auch Sie mit dabei!

Infos auf [www.umweltinstitut.org/stop-ceta](http://www.umweltinstitut.org/stop-ceta)

## RAUBBAU AN DER DEMOKRATIE

CETA erodiert die Demokratie durch die so genannte Regulatorische Kooperation. Das bedeutet: Noch bevor sich gewählte Parlamente mit einem Thema beschäftigen, wird es in internationalen Expertengremien besprochen. Diese Gremien sind ein Paradies für die Konzerne: Sie können Regeln für die Umwelt, den Verbraucherschutz oder Arbeitsstandards verhindern, noch bevor JournalistInnen, Abgeordnete und die Öffentlichkeit davon erfahren.

Bereits während der Verhandlungen verhindert CETA eine Weiterentwicklung der europäischen Umweltpolitik. So ließ die EU-Kommission Pläne für ein Verbot besonders klimaschädlicher Treibstoffe fallen, weil Kanada Öl aus Teersanden in die EU exportieren will. Teersande sind die schmutzigsten fossilen Energieträger. Für den Abbau werden wertvolle Naturwälder und Moore zerstört sowie riesige Mengen an Energie und Wasser verbraucht. Zurück bleibt öliges Abraum, der dauerhaft in toten Seen gelagert werden muss.

CETA stärkt international tätige Großkonzerne und schwächt die Demokratie. Das Abkommen erschwert es der Bevölkerung und der Politik, sich gegen gefährliche Technologien wie Fracking oder Bergbau mit Zyanid zu wehren und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.